Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab¹⁵⁰:

Neunzehn Monate nach Beginn einer Rebellion, die den humanitären Konflikt im Osten der Demokratischen Republik Kongo verschärft hat, begrüßt es der Sicherheitsrat, dass die Bewegung des 23. März angekündigt hat, ihre Rebellion zu beenden, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo diese Ankündigung angenommen hat und dass die Feindseligkeiten zwischen der Demokratischen Republik Kongo und der Bewegung des 23. März eingestellt wurden. Der Rat verurteilt die durch diese Rebellion verursachte Gewalt, die zu erheblichen Verlusten an Menschenleben unter der Zivilbevölkerung und unter den Friedenssicherungskräften der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo sowie zur Vertreibung Hunderttausender Zivilpersonen geführt hat.

Der Rat fordert den raschen Abschluss und die zügige Umsetzung eines abschließenden, umfassenden und vereinbarten Ergebnisses, im Einklang mit den Gesprächen von Kampala, das die Entwaffnung und Demobilisierung der Bewegung des 23. März festlegt und vorsieht, dass diejenigen, die Menschenrechte verletzt haben, zur Rechenschaft gezogen werden. Der Rat würdigt die Bemühungen von Präsident Museveni und Verteidigungsminister Kiyonga zur Moderation des Abschlusses dieser Gespräche. Der Rat fordert die sofortige und dauerhafte Entwaffnung und Demobilisierung der Kombattanten der Bewegung des 23. März mit Unterstützung der Mission, im Einklang mit Resolution 2098 (2013).

Der Rat bekräftigt seine nachdrücklichste Unterstützung für den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs und die Mission bei der Durchführung der Resolution 2098 (2013) und fordert sie nachdrücklich auf, ihre Anstrengungen fortzusetzen. Der Rat begrüßt die Maßnahmen, die die Sondergesandte des Generalsekretärs für die Region der Großen Seen, der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs und die Mission zur Förderung einer politischen Lösung ergriffen haben, im Einklang mit einer umfassenden Strategie für dauerhaften Frieden und dauerhafte Sicherheit, und würdigt die aktiven Schritte der Mission zur vollen Wahrnehmung ihres Mandats, insbesondere zum Schutz von Zivilpersonen. Der Rat begrüßt die ersten Schritte, die die Mission im Rahmen ihrer Unterstützungs- und führenden Koordinierungsrolle bei der Reform des Sicherheitssektors in der Demokratischen Republik Kongo unternommen hat, und fordert nachdrücklich die Fortsetzung dieser Anstrengungen. Der Rat würdigt es, dass sich alle Länder, die Truppen für die Mission stellen, zur Durchführung des gesamten Aufgabenspektrums der Mission im Einklang mit Resolution 2098 (2013) bekennen.

Der Rat anerkennt die erheblichen Opfer, die die Mission und die truppenstellenden Länder erbracht haben, und bringt seine Dankbarkeit für ihre Anstrengungen zur Verbesserung des Friedens und der Stabilität im Osten der Demokratischen Republik Kongo zum Ausdruck. Der Rat spricht den Angehörigen der Friedenssicherungskräfte, die in Ausübung ihres Dienstes zum Schutz der Menschen im Osten der Demokratischen Republik Kongo ums Leben gekommen sind, sein Beileid aus. Der Rat hebt hervor, dass Versuche, die Fähigkeit der Mission zur Durchführung ihres Mandats zu untergraben, keinesfalls geduldet werden und dass die Verantwortlichen für Drohungen oder Angriffe gegenüber Friedenssicherungskräften zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Der Rat bringt seine tiefe Besorgnis angesichts der anhaltenden regionalen Bedrohung zum Ausdruck, die von den Demokratischen Kräften zur Befreiung Ruandas ausgeht, einer Gruppe, die Sanktionen der Vereinten Nationen unterliegt und zu deren Anführern und Mitgliedern Personen zählen, die am Völkermord von 1994 in Ruanda als Täter beteiligt waren und die nach wie vor ethnisch motivierte und andere Tötungen in Ruanda und in der Demokratischen Republik Kongo fördern und begehen, und betont, wie wichtig es ist, diese Bedrohung auf Dauer zu beseitigen. Der Rat betont, wie wichtig es ist, im Einklang mit Resolution 2098 (2013) die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas und alle bewaffneten Gruppen zu neutralisieren, einschließlich der Allianz der demokratischen Kräfte, der Widerstandsarmee des Herrn und verschiedener Mai-Mai-Gruppen.

¹⁵⁰ S/PRST/2013/17.

Der Rat wiederholt sein nachdrückliches Bekenntnis zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit der Demokratischen Republik Kongo und aller Länder der Region. Der Rat betont, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo die Hauptverantwortung für die Sicherheit, den Schutz der Zivilpersonen, die nationale Aussöhnung, die Friedenskonsolidierung und die Entwicklung in dem Land trägt. Er unterstreicht, dass die jüngsten Erfolge der Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo, der Bewegung des 23. März vor Ort Niederlagen zuzufügen, die Regierung ermutigen müssen, ihre Anstrengungen zur Neutralisierung der Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas und anderer bewaffneter Gruppen fortzusetzen. In dieser Hinsicht begrüßt es der Rat ferner, dass Joseph Kabila, der Präsident der Demokratischen Republik Kongo, am 30. Oktober 2013 öffentlich die Absicht seiner Regierung bekräftigt hat, die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas zu neutralisieren, und betont, wie wichtig es ist, dies rasch zu Ende zu verfolgen.

Der Rat begrüßt ferner die Erklärung von Herrn Martin Kobler, dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, vom 4. November, in der er die Absicht der Mission festhält, nicht zuzulassen, dass die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas und andere bewaffnete Gruppen die sich verändernde Sicherheitsdynamik vor Ort ausnutzen, und auf ihre Entschlossenheit verweist, entschieden gegen alle Versuche einer Ausnutzung der Lage vorzugehen.

Der Rat verurteilt mit Nachdruck das Anhalten der Gewalt und der Menschenrechtsverletzungen durch alle bewaffneten Gruppen, namentlich die summarischen Hinrichtungen, die sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt sowie die Einziehung und den Einsatz von Kindern in großem Umfang, verlangt, dass alle bewaffneten Gruppen alle Formen von Gewalt und alle destabilisierenden Aktivitäten sofort einstellen, sich sofort und auf Dauer auflösen, ihre Waffen niederlegen und die Kinder in ihren Reihen demobilisieren, und erklärt erneut, dass die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht zur Rechenschaft gezogen werden und nicht für die Eingliederung in die Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo oder andere Elemente staatlicher Sicherheitskräfte in Betracht gezogen werden dürfen.

Der Rat fordert die Regierung der Demokratischen Republik Kongo auf, sich im Einklang mit ihrer Verpflichtung auf eine tiefgreifendere Reform des Sicherheitssektors weiter uneingeschränkt zum Aufbau einer professionellen, rechenschaftspflichtigen und tragfähigen nationalen Armee zu bekennen, einschließlich einer Schnelleingreiftruppe. Der Rat nimmt Kenntnis von der Erklärung Joseph Kabilas, des Präsidenten der Demokratischen Republik Kongo, vom 23. Oktober 2013, in der er die Reform der Armee zu seiner obersten Priorität erklärte und die Weiterführung des Wahlprozesses ankündigte, und seiner Zusage, dafür zu sorgen, dass das Justizsystem der Demokratischen Republik Kongo wirksam gegen den Kreislauf der Straflosigkeit vorgeht. Der Rat fordert die Regierung nachdrücklich auf, die Ausarbeitung eines umfassenden Plans zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung und eines Plans zur Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Wiedereingliederung und Neuansiedlung abzuschließen. Der Rat fordert die Regierung auf, die staatliche Autorität zu konsolidieren, Fortschritte im Hinblick auf die Dezentralisierung und die Rechtsstaatlichkeit zu erzielen und die Agenda der Aussöhnung, der Toleranz und der Demokratisierung voranzubringen, im Einklang mit dem Rahmenabkommen über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit für die Demokratische Republik Kongo und die Region¹⁵¹ und der Resolution 2098 (2013).

Der Rat erinnert daran, dass es für diejenigen, die für Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht in der Demokratischen Republik Kongo und in der Region verantwortlich sind, keine Straflosigkeit geben darf, und fordert in dieser Hinsicht die Demokratische Republik Kongo, alle Länder der Region und die anderen betroffenen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen nachdrücklich auf, die Täter vor Gericht zu bringen.

Der Rat erinnert an seine Resolutionen über Frauen und Frieden und Sicherheit und weist erneut darauf hin, dass alle Akteure stärkere Anstrengungen unternehmen müssen, um Straflosigkeit für sexuelle Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten zu bekämpfen, den Überlebenden alle notwendigen Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen und zu gewährleisten, dass Frauen gleichberechtigt und

¹⁵¹ S/2013/131, Anlage.

umfassend in alle Stadien der Konfliktlösung, des Wiederaufbaus und der Förderung des Friedens einbezogen werden, unter anderem durch die Berücksichtigung des in der Erklärung von Bujumbura vom 11. Juli 2013 enthaltenen Aufrufs, sicherzustellen, dass die Fortschrittskriterien, Indikatoren und Folgemaßnahmen im Durchführungsplan des Rahmenabkommens über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit geschlechtersensibel sind. Der Rat fordert die Regierung der Demokratischen Republik Kongo nachdrücklich auf, die Untersuchung der im November 2012 von Elementen der Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo in Minova begangenen Massenvergewaltigungen zu beschleunigen und die Täter vor Gericht zu bringen.

Der Rat erinnert an seine Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten über Kinder und bewaffnete Konflikte und erklärt erneut, dass alle Parteien in der Demokratischen Republik Kongo die Einziehung und den Einsatz von Kindern beenden und verhindern, die von Streitkräften und bewaffneten Gruppen freigelassenen oder auf andere Weise getrennten Kinder schützen und als Opfer ansehen und dem Schutz, der Freilassung und der Wiedereingliederung aller mit Streitkräften und bewaffneten Gruppen verbundenen Kinder besondere Aufmerksamkeit widmen müssen. Der Rat fordert die Regierung der Demokratischen Republik Kongo nachdrücklich auf, den am 4. Oktober 2012 unterzeichneten Aktionsplan zur Verhütung und Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindern sowie von sexueller Gewalt gegen Kinder weiter umzusetzen.

Der Rat bekundet seine große Besorgnis über die anhaltende humanitäre Krise, unter anderem über die 2,7 Millionen Binnenvertriebenen und die 6,4 Millionen Menschen, die Nahrungsmittelhilfe und landwirtschaftliche Nothilfe benötigen, und fordert alle Parteien auf, den sicheren und ungehinderten Zugang für die rasche und umfassende Bereitstellung humanitärer Hilfe für alle Zivilpersonen zu erlauben, die dringend Hilfe benötigen, im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen des Völkerrechts, einschließlich des humanitären Völkerrechts und der Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Hilfe. Der Rat bekundet ferner seine Besorgnis über die mehr als 450.000 Flüchtlinge aus der Demokratischen Republik Kongo und fordert die Demokratische Republik Kongo und alle Staaten in der Region auf, gegebenenfalls mit Unterstützung durch das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen auf ein friedliches Umfeld hinzuwirken, das die letztendliche freiwillige Rückkehr und Wiedereingliederung der Flüchtlinge in die Demokratische Republik Kongo begünstigt. Der Rat würdigt in dieser Hinsicht die Unterstützung, die die Nachbarländer für die Flüchtlinge aus der Demokratischen Republik Kongo leisten. Der Rat legt der Regierung Ruandas, den Vereinten Nationen und den internationalen Organisationen nahe, zusammenzuarbeiten, um die Situation der seit März 2013 im Osten Ruandas internierten ehemaligen Kombattanten der Bewegung des 23. März dringend anzugehen.

Der Rat nimmt mit Besorgnis Kenntnis von den Auswirkungen des Konflikts im Osten der Demokratischen Republik Kongo auf die regionale Sicherheit und unterstützt in dieser Hinsicht die regionalen vertrauensbildenden Maßnahmen, namentlich den Erweiterten gemeinsamen Verifikationsmechanismus, und fordert ferner den Abschluss seiner Untersuchungen in Bezug auf grenzüberschreitende Vorfälle. Der Rat begrüßt den Beschluss der Internationalen Konferenz über die Region der Großen Seen, der Mission zu gestatten, ständig im Erweiterten gemeinsamen Verifikationsmechanismus vertreten zu sein. Der Rat äußert sich besorgt darüber, dass Geschosse in Ruanda eingeschlagen und Todesopfer unter der Zivilbevölkerung gefordert haben, fordert nachdrücklich den raschen Abschluss der vom Erweiterten gemeinsamen Verifikationsmechanismus durchgeführten Untersuchung dieses grenzüberschreitenden Beschusses, lobt Ruanda für die bisher gezeigte Zurückhaltung und fordert nachdrücklich deren Fortsetzung. Der Rat fordert ferner alle anderen Parteien mit Nachdruck zu Zurückhaltung auf.

Der Rat betont, dass die tieferen Ursachen des Konflikts im Osten der Demokratischen Republik Kongo nachhaltig angegangen werden müssen, und bekräftigt seine Unterstützung für die Umsetzung der Verpflichtungen nach dem Rahmenabkommen über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit, die für die Herbeiführung eines dauerhaften Friedens und dauerhafter Sicherheit in der Region der Großen Seen unerlässlich ist. Der Rat fordert alle Unterzeichner auf, ihre jeweiligen Verpflichtungen nach dem Rahmenabkommen umgehend, vollständig und nach Treu und Glauben zu erfüllen. Der Rat begrüßt das gemeinsame Gipfeltreffen der Internationalen Konferenz über die Region der Großen Seen und der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika am 4. November in Pretoria. Der Rat würdigt

das Engagement der Sondergesandten, Mary Robinson, und fordert sie auf, in Abstimmung mit dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs und mit der entsprechenden Unterstützung durch ihn auch weiterhin die Umsetzung der nationalen und regionalen Verpflichtungen gemäß dem Rahmenabkommen zu leiten, zu koordinieren und zu bewerten.

Der Rat ermutigt die Vereinten Nationen, die Afrikanische Union, die Internationale Konferenz über die Region der Großen Seen, die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika und die anderen maßgeblichen internationalen und regionalen Organisationen, auch künftig gemeinsam und mit dem nachhaltigen Engagement und der fortgesetzten Unterstützung der internationalen Gemeinschaft auf die Durchführung des Rahmenabkommens über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit und auf die Schaffung eines breiter angelegten Dialogs zwischen den wichtigsten Parteien hinzuwirken, in dem die tieferen Triebkräfte des Konflikts im Osten Kongos angegangen werden.

Auf seiner 7094. Sitzung am 13. Januar 2014 behandelte der Rat den Punkt

„Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo

Bericht des Generalsekretärs über die Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (S/2013/757)

Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung des Rahmenabkommens über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit für die Demokratische Republik Kongo und die Region (S/2013/773)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Martin Kobler, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Demokratische Republik Kongo und Leiter der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Frau Mary Robinson, die Sondergesandte des Generalsekretärs für die Region der Großen Seen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen; sie nahm per Videokonferenz an der Sitzung teil.

Auf seiner 7107. Sitzung am 30. Januar 2014 beschloss der Rat, den Vertreter der Demokratischen Republik Kongo gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo

Schreiben der Koordinatorin der Sachverständigengruppe für die Demokratische Republik Kongo, deren Mandat gemäß Resolution 2078 (2012) des Sicherheitsrats verlängert wurde, vom 22. Januar 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/42)“.

Resolution 2136 (2014) vom 30. Januar 2014

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen sowie die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Demokratische Republik Kongo,

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit der Demokratischen Republik Kongo sowie aller Staaten in der Region und unter Betonung der Notwendigkeit, die Grundsätze der Nichteinmischung, der guten Nachbarschaft und der regionalen Zusammenarbeit uneingeschränkt zu achten,

betonend, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo die Hauptverantwortung dafür trägt, unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts die Sicherheit in ihrem Hoheitsgebiet zu gewährleisten und ihre Zivilbevölkerung zu schützen,